

Lieber Herr Präses, liebe Kirchenleitung, liebe Synode

wir danken Ihnen sehr, dass Sie, liebe Kirchenleitung, uns diesen Kinder- und Jugendbericht vorgelegt haben. Ebenso möchten wir uns bei allen an der Erstellung des Berichts Beteiligten für ihre gute Arbeit bedanken. Wir freuen uns, dass uns mit dem Bericht ein Konzept für die evangelische Jugendarbeit präsentiert wird, das wir in seiner Gänze sehr unterstützen.

Insbesondere möchten wir Jugenddelegierten die Neupositionierung der Jugendpolitik als Ganzes herausgreifen. Hierin wird ein Perspektivwechsel in der Jugendpolitik gefordert. Demnach formuliert die EKHN das Ziel einer Jugendpolitik als Ganzes, die sie als „gerechte kirchliche Jugendpolitik“ versteht. Es soll die Lebensphase Jugend in den Fokus kirchlichen Handelns der EKHN gerückt werden und damit bei allen kirchlichen Entscheidungen mitgedacht werden. Dieses Ziel begrüßen wir sehr. Hierbei muss hervorgehoben werden, dass dies nicht nur eine Aufgabe der Arbeit von, für und mit Kindern und Jugendlichen, sondern eine Aufgabe der gesamten Kirche ist. Die Kirche als Ganze muss sich ihrer besonderen Verantwortung für diese Altersgruppe bewusst sein.

Doch was bedeutet „gerechte kirchliche Jugendpolitik“ für die Praxis? Wie kann der Perspektivwechsel konkret umgesetzt werden?

Das Programm ist insgesamt sehr ambitioniert und kann sicher nicht sofort in allen Punkten umgesetzt werden. So ist das immer mit den Paradigmenwechseln: wir brauchen dazu ein positives Verhältnis zur Ewigkeit

Aber wir können erste Schritte tun:

Hierfür liefert der Bericht auf S. 15 zwei konkrete Punkte, die kirchliche Jugendpolitik gerechter werden lassen: Erstens den Jugendcheck und zweitens den Haushaltscheck.

Zu erstens, dem Jugendcheck: Mit dem Jugendcheck sollen die Auswirkungen von kirchlichen Entscheidungen auf Jugendliche überprüft werden. Es geht also um die jeweiligen Auswirkungen einer jeden kirchlichen Entscheidung auf Jugendliche, sowohl bei „klassischen“ Jugendfragen, aber auch in allen anderen Fällen, wie z.B. dem Thema Nachhaltigkeit, um unsere Welt für künftige Generationen zu erhalten. (ggf auch das Thema Dekanatsreform-->Folgen für EJVDs zB im riesigen Alsfeld)

Zu zweitens, dem Haushaltscheck: Der Haushaltscheck geht in dieselbe Richtung, er ist gleichsam ein Jugendcheck in Haushaltsfragen. Mit dem Haushaltscheck sollen die einzelnen Punkte eines jeden Haushalts auf Gemeinde-, Dekanats- und Landesebene auf ihre Auswirkungen auf die Jugend untersucht werden. Auch hier wird neben dem Jugendetat der gesamte Haushalt einem Check unterzogen, z.B. die Investition in inklusive Projekte, um allen

den gleichen Zugang zur Gemeinde zu ermöglichen oder der Umgang mit den Rücklagen als Kapital für zukünftige Investitionen.

Wir fordern daher die Kirchenleitung dazu auf, einen Prozess zur Entwicklung einer gerechten kirchlichen Jugendpolitik auf den Weg zu bringen. Wir stellen daher den folgenden Antrag:

"Die Kirchenleitung wird beauftragt, einen partizipativen Prozess zur Entwicklung einer „gerechten kirchlichen Jugendpolitik“ für die gesamte EKHN zu initiieren. Als erste Schritte sind die Entwicklung eines Haushaltschecks und eines Jugendchecks in den Blick zu nehmen.

Über den Fortgang des Prozesses wird jährlich im Rahmen des Berichts der Kirchenleitung berichtet."

Zugleich möchte ich auch schon einen Blick auf die nächste Synode werfen, auch wenn wir dieser natürlich nicht vorgreifen dürfen. In unseren Augen benötigt aber solch ein umfangreicher Prozess einen Synodenausschuss, der diesen Prozess synodal begleitet. Die Erfahrungen aus der jetzt endenden Legislatur zeigen, dass der amtierende Ausschuss für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, Bildung und Erziehung -hierfür nicht die notwendigen Kapazitäten hat. Das dokumentiert auch allein die Tatsache, dass er sich selbst immer als "Bildungsausschuss" bezeichnet.

Wir würden uns sehr freuen, wenn die EKHN diesen Bericht ernst nimmt und ein Mal mehr eine Vorreiterrolle einnimmt, wenn sie als erste Landeskirche eine eigenständige Jugendpolitik entwickelt, wie es neben dem Bund auch viele Bundesländer bereits tun. Wir bieten hierfür gerne unsere Unterstützung an.

Vielen Dank.